

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 21

Artikel: Krieg im Frieden : die Begriffe von Krieg, Frieden und Revolution in der kommunistischen, insbesondere sowjetischen Auffassung und Handhabung
Autor: Revesz, Laszlo
Kapitel: Der Krieg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom angeblichen Produkt des Klassenstaates
zum Instrument der «klassenlosen Gesellschaft»

Krieg heisst: Wessen Krieg ?

Die Theorie

Die kommunistische Propagandamaschinerie will die Verantwortung für die Kriege allein und ausschliesslich dem sogenannten Kapitalismus/Imperialismus in die Schuhe schieben. Die sozialistischen Staaten müssten nur deshalb rüsten, weil der Krieg vom Wesen des Imperialismus untrennbar sei. Die Rechtfertigung für die enormen Ausgaben für die Militarisierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Osteuropa lautet folgendermassen:

«Die KP misst unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die aggressivsten Kreise des Imperialismus Kriegspläne gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder erarbeiten, der Festigung der sowjetischen Streitkräfte, der militärpatriotischen Erziehung des Sowjetvolkes und besonders der Jugend grosse Bedeutung bei.» («Partijnaja schisn Kasachstana», Nr. 7/1971)

Laut Marxismus-Leninismus sind Armee, Krieg, Militarismus oder Aggression immer Klassenbegriffe und hängen mit dem nationalen und internationalen Klassenkampf zusammen. Militarismus und Aggression sind danach Begleiterscheinungen der antagonistischen Klassengesellschaft. Ein sozialistischer Staat hingegen ist immer für Frieden, gegen Militarismus, Aggression und Krieg — mit Ausnahme des gerechten Krieges sowie besonders des «gerechtesten und heiligsten» aller Kriege, des Bürgerkrieges, wenn dieser eine Revolution ist. («Magyar jog», Budapest, Nr. 9/1962)

«In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Klassen, keine sozialen Kräfte, die an Vorbereitung und Führung von Kriegen interessiert sind.» («Polititscheskoje samoobrasowanije», Nr. 9/1972)

«Die Ursachen des Krieges wurzeln im sozioökonomischen System der antagonistischen (Klassen-) Gesellschaft, in den Interessen der Ausbeuterklassen.» (M. P. Skirdo: «Volk, Armee, Feldherr», russisch, Moskau 1970, S. 8)

Voraussetzung zur Befreiung der Menschheit von der ständigen Kriegsgefahr ist also die Liquidierung des Kapitalismus/Imperialismus: «Erst nach der Vernichtung des Kapitalismus

und nach dem Sieg des sozialistischen Systems in der ganzen Welt hört der Krieg auf, eine Gefahr zu sein, da seine wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dann verschwunden sind.» (Grosse Sowjetenzyklopädie, 2. Ausg., Bd. 8, S. 570 ff.)

Die Kapitalisten/Imperialisten erachten den Krieg als die «einzige Chance zum Ueberleben und können daher niemals auf ihre Kriegspläne verzichten. (...) Die führenden Persönlichkeiten des politischen und militärischen Lebens der imperialistischen Staaten verheimlichen nicht, dass sie durch den von ihnen vorbereiteten Krieg (...) das sozialistische Weltsystem liquidieren wollen», behauptet der oben zitierte sowjetische Autor. (Skirdo, a. a. O., S. 12—13)

Selbst die marxistisch-leninistische Theorie des Staates schreibt den Krieg der antagonistischen Klassengesellschaft zu. Danach hat nämlich jeder Staat innere und äussere Funktionen. Die innere Hauptfunktion des bürgerlichen Staates ist die Unterdrückung der werktätigen Klassen und Schichten, jene des sozialistischen Staates in der ersten Phase seiner Entwicklung (des Staates der Diktatur des Proletariates) die Unterdrückung und Liquidierung der ehemaligen Ausbeuterklassen. In der zweiten Entwicklungsphase tritt hingegen der Staat als Klassenkoordinator auf. Die wichtigste Funktion des kapitalistischen Staates ist die Aggression, die Expansion. Daraus ergibt sich die Verteidigungsfunktion des sozialistischen Staates. Seitdem der Sozialismus zu einem Weltsystem geworden ist, bedeutet die Verteidigungsfunktion eines jeden sozialistischen Staates die Verteidigung des gesamten sozialistischen Lagers vor den Machenschaften des Kapitalismus/Imperialismus.

Das Militärlexikon (Ostberlin, o. J., S. 194) erklärt: «Der Krieg ist eine historische Erscheinung. Er kam auf mit der Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen und der Entstehung des Ausbeuterstaates, wie er auch mit diesen Gegebenheiten vergehen wird. Die Hauptquelle des Krieges und der Kriegsgefahr in der Gegenwart ist der Imperialismus.»

In der urkommunistischen Gesellschaftsordnung gab es nach dieser Deutung keinen Krieg, und

auch die künftige kommunistische selbstverwaltende Weltgesellschaft wird keine Kriege kennen, da die Ursachen des Krieges liquidiert sein werden.

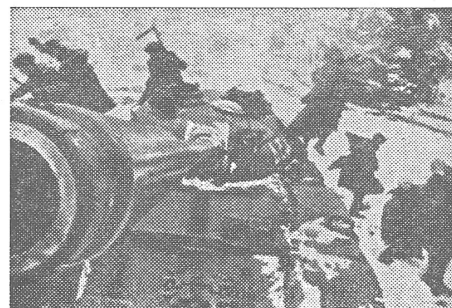
Die Grosse Sowjetenzyklopädie (2. Ausg., Bd. 8, S. 571—575) schreibt:

«Der Krieg ist eine soziale Erscheinung, die mit der antagonistischen Klassengesellschaft verbunden ist. Der Krieg ist ein organisierter, bewaffneter Kampf zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Klassen oder Staaten um bestimmte wirtschaftliche und politische Ziele. In seinem Wesen ist er die Fortsetzung der Politik dieser oder jener Klasse mit anderen, nämlich gewaltsamen Mitteln (...). Die herrschenden Klassen und ihre Regierungen (d. h. jene in den Staaten mit antagonistischer Gesellschaftsordnung; Anm.) verwirklichen ihre Politik durch wirtschaftliche, ideologische, diplomatische und andere Mittel. Wenn diese Mittel (...) nicht ausreichen, so greift die herrschende Klasse zur bewaffneten Gewalt, zum Krieg. (...)

Der Marxismus-Leninismus entdeckte zum ersten Male in der Geschichte der Sozialwissenschaften das Klassenwesen der Politik und des Krieges, ihre gegenseitige Abhängigkeit. Er bewies, dass die Grundlage jeder Politik und jedes Krieges im Charakter des wirtschaftlichen Systems, im System der wirtschaftlichen und Produktionsverhältnisse, im sozialen und staatlichen System des betreffenden Landes liegt. (...) Der Marxismus-Leninismus lehrt, dass es keinen Krieg gibt, der keine politischen und klassegebundenen Ziele hat, wie es auch keine über den Klassen stehende Politik geben kann. (...)

*

Die Rettung vor dem Krieg liegt laut dieser Darstellung im sowjetischen System. Parallel mit seiner Stärkung und der Verbreitung der Friedensbewegung in der Welt gehe die Gefahr des Krieges zurück. Die Imperialisten müssten jetzt gut überlegen, ob sie einen Krieg riskieren wollten, da er für sie eventuell der letzte sein werde. Infolge der zunehmenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft habe die «fatale Unvermeidbarkeit des Krieges» aufgehört.



Ideologisch und theoretisch «eigentlich» unmöglich sind die kriegerischen Spannungen an der sino-sowjetischen Grenze.
Links: chinesische Wachtposten im Ussuri-Gebiet.
Rechts: Manöver sowjetischer Truppen an der chinesischen Grenze.
(Bilder aus «NIN», Belgrad)

Ein wichtiges Werk zur Zeitgeschichte:

Sven Allard

Stalin und Hitler

Die sowjetrussische Aussenpolitik 1930 bis 1941.

315 Seiten. Leinen Fr./DM 50.—

«Umfangreiche Quellenstudien und ein sicheres Gefühl für das Wesentliche haben ein Werk europäischer Zeitgeschichte entstehen lassen, dessen Lektüre besonders jenen empfohlen sei, die sich mit diplomatischen Praktiken der Sowjetunion auseinandersetzen haben.» *«Neue Zürcher Zeitung»*

Francke Verlag Bern

In jeder Buchhandlung

Die Praxis

Die Behauptung, ein sozialistischer Staat lehne den Krieg als Mittel zur Verwirklichung seiner politischen Ziele grundsätzlich ab, wird durch die Geschichte der Sowjetunion eindeutig widerlegt.

Es ist gerade die Sowjetunion, die ständig in Kriegsbereitschaft lebte und lebt, die Kriegswirtschaft betrieb und betreibt. Es war die Sowjetunion, die — wenn der Gegner ihren Forderungen nicht nachkam — ständig mit Krieg drohte und vor dem Krieg niemals zurückschrak, um ihre hegemoniale Politik zu verwirklichen.

Selbstbestimmung verkündet — Krieg gemacht

Das begann gleich nach der «siegreichen» Oktoberrevolution. Am 14. November 1917 erschien das bis heute immer wieder propagandistisch zitierte Dekret über das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker Russlands bis zur Sezession und Bildung eines neuen Staates. Als die einzelnen Völker aber von ihrem Recht Gebrauch machen wollten, wurden sie von der Roten Armee angegriffen.

Dass man dabei der Kriegführung eine ideologische Grundlage geben wollte, um die Verantwortung auf die unterdrückten Völker selbst abzuwälzen, ändert nichts an der Tatsache, dass schon für Lenin der Krieg das einzige Mittel zur Wiederherstellung der territorialen Integrität Russlands war und dass er vor der Auslösung des Krieges keinen Moment zögerte.

Die Einstufung dieser Freiheitskriege der unterdrückten Völker in die Kategorie der Konterrevolution zeigt besonders die Scheinheiligkeit der bolschewistischen Propagandamaschinerie.

Überall wurden in der grössten Eile kommunistische Parteigruppen — meistens in der Illegalität und aus Moskauer oder Petrograder Agenten — errichtet, welche die «Revolution» gegen das legale Regime verkündeten und die Rote Armee um Hilfe gegen die weiterbestehende «Konterrevolution» riefen!

Dies war das Rezept Lenins beim Vorgehen ge-

gen Ukrainer, Weissrussen, Aserbajdschaner, Georgier, Armenier, gegen die verschiedenen zentralasiatischen Turkvölker, gegen die Tataren auf der Krim, im Wolgagebiet usw. Dieselbe Taktik wurde auch gegen die baltischen Völker angewandt, doch musste die Rote Armee Lenins damals auf die dauerhafte Besetzung der baltischen Staaten verzichten.

Lenin schonte nicht einmal die zwei zentralasiatischen Vasallenstaaten des zaristischen Russlands, die zwei kleinen mohammedanischen Länder Chiwa und Buchara. Diese hatten sogar in der Zeit der rücksichtslosen zaristischen Expansion gegen den Osten (in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) eine Art Eigenstaatlichkeit behalten; unter den Bolschewiken ging es nicht! Auf sowjetischem Boden wurden zwei kleine kommunistische «Parteien» gegründet — hauptsächlich aus Emigranten und Russen —, die für ihre «Revolution» um bolschewistische Hilfe baten und sie erhielten.

Begründung

Als die Sowjetunion, abgestützt auf ihren Pakt mit Hitler, am 17. September 1939 Polen überfiel, setzte sie sich unter anderem über ihren Nichtangriffspakt mit Polen hinweg, der erst im Vorjahr geschlossen worden war.

In seiner Radiorede vom gleichen 17. September hatte Molotow eine schöne Begründung für diesen Vertragsbruch: Infolge des sowjetischen (wie auch des hitlerdeutschen) Einmarsches, so führte er aus, «haben der polnische Staat und die polnische Regierung praktisch zu bestehen aufgehört. Infolgedessen ist der zwischen der UdSSR und Polen unterzeichnete Vertrag nicht mehr gültig.» («Historisch-revolutionärer Kalender», russisch, Moskau, 1940.) Der Zynismus des Fait accompli in Perfektion.

Tatsächlich hat die Sowjetunion praktisch nur ihre Verträge mit Hitler respektiert. An der Territorialordnung, die 1939 durch die beiden sozialfaschistischen Mächte Europas (für beide gilt: «Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten») ausgehandelt wurde, hält die UdSSR bis heute fest, so dass ihre Partnerschaft mit dem Nationalsozialismus denn auch bis heute dauert.

Im Bündnis mit Hitler: Friedensverträge nichtig

Der Krieg war von den ersten Jahren der Sowjetmacht an das wichtigste Mittel der Innen- und Aussenpolitik. Und er blieb es weiterhin.

Denken wir an den «Ultimatumkrieg» der Sowjetunion im Juni 1940 und an die anschließende Besetzung und Einverleibung der baltischen Staaten und Bessarabiens: Der Krieg konnte nur vermieden werden, weil diese Staaten — nachdem sie im Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 und im Freundschafts- und Grenzvertrag zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion vom 28. September 1939 als sowjetische Interessensphäre anerkannt worden waren! — auf Widerstand verzichteten.

Denken wir an den Krieg gegen Finnland: Er wurde nur deshalb ausgelöst, weil dieses Land im Oktober/November 1939 den sowjetischen «Vorschlag» zu einem Beistandspakt, verbunden mit sowjetischer Besetzung einiger Gebiete, abgelehnt hatte. Am 30. November fiel eine riesige Armee über Finnland her; am 1. Dezember 1939 wurde in Moskau die Finnische Volksrepublik gebildet und mit diesem Emigrantengremium in Moskau der Beistandspakt unterzeichnet!

Und denken wir vor allem an die vierte Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin: Ohne Kriegserklärung überfiel die Sowjetunion Polen am 17. September 1939, als dieses Land sich kaum mehr verteidigen konnte...

Dabei hatte die Sowjetunion mit den baltischen Staaten und Finnland gültige Nichtangriffspakte und Friedensverträge.

Die offiziellen Erklärungen von damals und heute

Die damaligen offiziellen Erklärungen von sowjetischen Staatsmännern und politischen Organen widersprechen eindeutig der heutigen Rechtfertigung dieser systembedingten Kriegspolitik, wonach die Sowjets einer hitlerdeutschen Expansion vorbeugen wollten! Stalins Politik war die Fortsetzung jener von Lenin: die Wiederherstellung des alten zaristischen Russlands. Und erschreckte vor keinem Mittel zurück, um dieses Ziel zu erreichen, vor allem vor keinem Krieg.

Wenn es einen Staat im heutigen Europa gibt, der die Kriege zum Hauptmittel seiner Expansionspolitik machte, so ist es ohne Zweifel die Sowjetunion. Deshalb sind die Friedensbeteuerungen und die Versuche, die heutigen Kriegsvorbereitungen, die Militarisierung von Gesellschaft und Wirtschaft als Massnahmen gegen den Krieg und für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens darzustellen, eine Rechnung mit dem Ruhebedürfnis bürgerlicher Partner.

Die Sowjetunion setzt voraus, dass man die traurige Geschichte der letzten 58 Jahre vergessen hat. Mit ihrer «Kriegstheorie» kann sie aber sehr wohl Menschen irreführen, die entweder die Geschichte nicht kennen oder nicht kennen wollen.

László Révész

Kommentar zum Statut der KPdSU

Als Manuskript gedruckt. Format DIN A 4 mit Schuber. 1973, 890 Seiten, laminiertes Paperback, 98.—. ISBN 3-85913-068-4

Die grundlegende Bedeutung des Statuts ergibt sich daraus, dass die Verfassung der UdSSR der kommunistischen Einheitspartei die Leitung von Staat und Gesellschaft überträgt. Das Statut gibt darüber Auskunft, wie die KP alle Gebiete des staatlichen bzw. gesellschaftlichen Lebens leitet und überwacht. Ohne Kenntnis des Parteistatuts ist das Funktionieren eines kommunistisch regierten Staates nicht verständlich. Wenn das Statut der Schlüssel für das Verständnis der Sowjetunion ist, so stellt Révész' Kommentar wiederum den Schlüssel zum Statut dar.

(Spezialprospekt auf Anfrage.)

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Der gerechte Krieg

Dass die sowjetisch beanspruchte Friedensliebe nicht mit Pazifismus verwechselt werden darf, macht die durchaus offizielle Guthetung des «gerechten Krieges» deutlich. Ueber die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Krieges entscheidet aber die Klassenzugehörigkeit der betreffenden Staaten. Der Unterschied zwischen Angreifern und Angegriffenen zählt dabei nicht, jedenfalls nicht im normalen Sprachgebrauch des Wortes. Klassenfeinde sind ihrem Wesen nach Aggressoren; ein Angriff gegen sie ist also als Widerstand gegen ihre Aggression zu verstehen.

Die offizielle Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg ist der beste Beweis dafür, dass die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Vasallen den Begriff des Krieges zur Rechtfertigung ihrer Aggressionen immer und unter allen Umständen einsetzen können. Es braucht lediglich eine kleine dialektische Akrobatik, und schon kann jede Kriegshandlung sogar mit der UNO-Charta in Einklang gebracht werden, welche die Kriege verbietet.

Schon Lenin erklärte öfters, es sei falsch, zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen zu unterscheiden, da es in jedem Krieg sowohl Angriffe als auch Verteidigungshandlungen gibt. Dafür unterschied er (wie auch die heutige osteuropäische Theorie und Praxis) je nach der Klassenzugehörigkeit der kriegführenden Staaten zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Der gerechte Krieg kommt einer Verteidigung gleich und widerspricht der UNO-Charta nicht.

Nach der sowjetischen Kriegstheorie kann also der Angreifer den gerechten Krieg führen, und der Angegriffene wird der Führung eines ungerechten Krieges beschuldigt.

Ein typisches Beispiel dafür ist Israel. Ganz egal, ob die Kriegshandlungen von Israel oder von der arabischen Seite ausgelöst werden, gilt der Krieg für Israel immer als ungerecht und für die Araber als gerecht; Israel steht auf der Seite des «Weltimperialismus», die Araber standen hingegen bis zum Tode Nassers mehrheitlich auf sowjetischer Seite. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten und «Freunde» können aber keinen ungerechten Krieg führen, auch dann nicht, wenn sie die Angreifer sind!

Der sogenannte nationale Befreiungskrieg gilt — wenn er nicht von den unterdrückten sowjetischen Minderheiten gegen Moskau geführt wird — unter allen Umständen als gerechter Krieg. Ein namhafter sowjetischer Rechtsgelehrter stellt die Kriegshandlungen der sich verteidigenden

«Angriff, nicht Verteidigung, muss die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung wird ihre Aufgabe sein.» Hitler? Nein, Lenin.

Völker als Sanktionen dar, die wegen der Delikte notwendig geworden seien, die ihr Gegner mit der Verhinderung der Selbstbestimmung begangen habe. Dadurch habe der Gegner die UNO-Charta permanent verletzt. (R. A. Tusmuchamedow: «Nationale Souveränität», russisch, Moskau 1963, S. 188)

Die UNO-Charta gewährt jedem Volk das Recht auf Selbstbestimmung. Die neue sowjetische Theorie legt das ausschliesslich klassenbezogen

aus: Die Imperialisten «zwingen» die Kolonialvölker zum Befreiungskrieg als dem einzig möglichen Akt der Selbstbestimmung; Aggressor — d. h. der «gesetzmässigen Entwicklung» hinderlich — ist deshalb der Angreiffene. Wer einen gerechten Krieg führt, kann niemals als Aggressor erkannt werden, wenn er auch die Initiative ergreifen muss, d. h. in «formaljuristischer» Sprache Aggressor ist. Sogar «das gemeinsame Auftreten aller friedliebenden Staaten gegen die Kolonialherren stimmt mit den Bestimmungen von Artikel 51 der UNO-Charta über die kollektive Selbstverteidigung völlig überein; Artikel 4 Absatz 2 der UNO-Charta über das Verbot eines Angriffs bezieht sich nicht auf die Befreiungskriege». («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 3/1963)

Gerechte Kriege können allerdings nur gegen Imperialisten geführt werden; ein Krieg gegen einen sozialistischen Staat ist immer ungerecht, da der sozialistische Staat die Klasseninteressen der Werktätigen vertritt und alle seine Kriege auf der richtigen Klassenbasis führt.

Die Sowjetunion führte angeblich immer nur gerechte Kriege (auch den Ueberfall auf Polen, Finnland usw.), ausgehend von der Leninschen These:

«Angriff, nicht Verteidigung muss die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung des Feindes wird ihre Aufgabe sein.» (Sämtliche Werke, Wien-Berlin-Zürich-Moskau, Bd. 10, S. 75)

Ungleich der alten (christlichen) Lehre über bellum iustum et iniustum behauptet die kommunistische Lehre nicht, dass die Gerechtigkeit eines Krieges von der Gerechtigkeit der Sache abhängt, sondern mehr davon, wer gegen wen kämpft.

Lenin schrieb in seiner Abhandlung «Das Militärprogramm der Proletarischen Revolution» (Ausgewählte Werke, Moskau 1946/47, Bd. I, S. 876—878) u. a. die bis heute für alle Kommunisten gültigen Zeilen:

«Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein... Erstens waren die Sozialisten niemals Gegner revolutionärer Kriege und können es nie sein (...). Zweitens sind Bürgerkriege auch Kriege. (...) Drittens schliesst der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmässig in verschiedenen Ländern vor sich. (...) Daraus die unvermeidliche Schlussfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem Land oder einigen Ländern siegen; andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muss nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre

ein Krieg unsererseits legitim und gerecht.»

Die kommunistische Kriegstheorie rechtfertigt den Präventivkrieg gegen jeden imperialistisch/kapitalistischen Staat, wenn dieser einen Krieg gegen einen sozialistischen Staat vorbereitet. Dieser Gedanke tauchte schon während des Bürgerkrieges auf: Falls gewisse zentralasiatische Gebiete für Sowjetrussland verloren gegangen wären, wären sie in die englische Interessensphäre geraten. Den Krieg gegen Polen und Finnland 1939 stellt man ebenfalls als eine spezielle Art Präventivkrieg dar.

Sogar die vom Zarismus geführten Kriege zwecks Eroberung türkischer und persischer Hoheitsgebiete (besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, gegen die Türkei aber seit 1697) werden gerechtfertigt; bei den Feldzügen gegen Zentralasien in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts handelte es sich nach der heutigen sowjetischen Fachliteratur ebenfalls um eine Art gerechter Kriege, da sonst diese Gebiete in die englische Einflussphäre geraten wären! Andererseits nennt man diese Eroberungen «objektiv fortschrittlich», da Russland durch die Eroberungskriege Zivilisation und Kultur gebracht habe!

Ein reiches Arsenal für die Rechtfertigung jeglicher Angriffskriege unter Berufung auf den gerechten Charakter oder auf die positiven, fortschrittlichen Folgen der Kriege!

Immerhin: Auch die zaristischen Eroberungskriege waren halbwegs gerecht. Oder hätte man etwa den Engländern Einflusszonen zugestehen müssen?

Zur Lehre der gerechten und ungerechten Kriege erklärt die Grosse Sowjetenzyklopädie (2. Ausg., Bd. 8, S. 571 ff.) folgendes:

«Die Lehre vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln bildet die Grundlage der Leninschen-Stalinschen Theorie über die gerechten und ungerechten Kriege. Die Theorie über die gerechten und ungerechten Kriege deckt genau den politischen Charakter des Krieges sowohl in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit.»

Diese wissenschaftliche Klassifikation des Krieges wurde seinerzeit von Stalin gegeben, gilt aber bis heute.

Das schon zitierte Militärlexikon schreibt (S. 195 bis 196) folgendes:

«Will man den Klassencharakter eines Krieges, seine Bedeutung für den sozialhistorischen Fortschritt, wissenschaftlich beurteilen, so muss man vor allem feststellen, unter welchen konkret-historischen Bedingungen er entstanden ist, die Politik welcher Klassen oder Staaten zu ihm geführt hat, was für Klassen oder Staaten an ihm beteiligt sind und welche Ziele sie in ihm verfolgen.»

Seitdem die Arbeiterklasse als selbständige politische und sozialhistorische Kraft existiert, muss insbesondere danach gefragt werden, wie sich ein Krieg zur historischen Mission und zu den Interessen der revolutionären Arbeiterbewegung verhält, deren Kampf um den Sozialismus zugleich

auch den Kampf um Demokratie und Frieden in sich einschliesst; denn hierin besteht das entscheidende Kriterium, anhand dessen ein Krieg *als gerechter oder ungerechter Krieg* zu bewerten ist. Abgeleitet hiervon sind Kriege, die vor der Entstehung und Existenz der Arbeiterklasse geführt wurden, vor allem danach als gerecht oder ungerecht zu beurteilen, wie sie sich zum Kampf der Klassen und Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung verhielten.

**Unser Krieg ist immer gerecht,
und der gerechte Krieg ist immer
gegen die Aggression.**

Gerechte Kriege sind solche, die ihrem objektiven politischen Inhalt nach mit den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse übereinstimmen. In dieser Epoche sind das vor allem Kriege zur Verteidigung des Sozialismus, revolutionäre Bürgerkriege, nationale Befreiungskriege der Völker kolonialer und abhängiger Länder, Kriege zur Verteidigung der Unabhängigkeit junger Nationalstaaten und Befreiungskriege der Völker kapitalistischer Länder, die das Opfer einer imperialistischen Aggression wurden. Kriege, die zur Befreiung unterdrückter Klassen oder die im Verlaufe demokratischer nationaler Befreiungskämpfe zur Beseitigung reaktionärer gesellschaftlicher Verhältnisse oder die zur Verteidigung des Sozialismus geführt werden, sind zugleich *revolutionäre Kriege*.

Ungerechte Kriege sind solche, die ihrem objektiven politischen Inhalt nach den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse widersprechen. In

unserer Epoche sind das vor allem Kriege imperialistischer Staaten gegen sozialistische Länder, Bürgerkriege der Bourgeoisie gegen die sozialistische Bewegung des Proletariats und seiner Verbündeten, Bürgerkriege der Bourgeoisie und anderer reaktionärer Kräfte gegen die revolutionär-demokratische Bewegung der Volksmassen, Kolonialkriege des Imperialismus, Kriege des Imperialismus gegen junge Nationalstaaten, Raubkriege imperialistischer Staaten gegen schwächere kapitalistische Länder und Eroberungskriege zwischen imperialistischen Staaten.»

Die Verteidigung gegen eine «Revolution», die z. B. von den Kommunisten ausgelöst wird, gilt also immer als ungerechter Krieg (Konterrevolution), während die «Arbeiterklasse» nur einen gerechten Krieg (Revolution) führen kann.

**Lenin: «Die Sozialisten können
nicht gegen den Krieg sein, ohne
aufzuhören, Sozialisten zu sein.»**

Es ist aber äusserst wichtig, auf den Begriff der Arbeiterklasse näher einzugehen. Die Arbeiterklasse bildet laut Marxismus-Leninismus eine internationale Einheit — weil ja auch das Kapital international ist — und wird überall von der kommunistischen Partei als Avantgarde geführt. Es ist dieser Vortrupp, die kommunistische Partei, welche die Kämpfe des Proletariats von internationalen Gesichtspunkten ausgehend und in Übereinstimmung mit der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung allein und ausschliesslich zu leiten hat. Infolge des internationalen Charakters von Arbeiterklasse und kom-

munistischer Bewegung sind also alle Kommunisten am revolutionären Bürgerkrieg interessiert und an der Niederschlagung einer «Gegenrevolution» von Aufständischen. Sie haben die internationalistische Pflicht, Hilfe zu leisten!

Die Führungsrolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung wurde zuerst in der Komintern (1919—1943) institutionell und im Kominform (1947—1956) de facto garantiert. Seit 1956 ist sie durch die Beschlüsse der kommunistischen Weltkonferenzen (1957 und 1960) gewährleistet. Die letzte Weltkonferenz im Juni 1969 in Moskau nahm zu dieser Frage nicht direkt Stellung. Es ist also anzunehmen, dass die Beschlüsse der ersten zwei Konferenzen ihre Rechtskraft bis heute beibehalten haben. Aufgrund dieser Führungsrolle ist es also das Moskauer Zentrum, das die Aufgaben bzw. die Haltung der Bewegung zu den einzelnen «revolutionären Bürgerkriegen» bzw. «konterrevolutionären ungerechten Kriegen» bestimmen. Sie ist theoretisch an die von den Weltkonferenzen bestimmte «Generallinie» gebunden, doch die dialektische Interpretationsmöglichkeit war und blieb immer die Stärke des Weltzentrums!

*

Hitler hatte seinerzeit vor dem Reichstag gesagt: «Wenn die Juden einen Weltkrieg auslösen, so werden sie darin umkommen.» So unglaublich dieser mörderische Zynismus anmutet, in der Anlage entspricht er doch dem aufgezeigten Konzept des gerechten Krieges. Den Krieg löst angeblich das Opfer aus, jener Feind, den man bereits als liquidierungswürdig gebrandmarkt hat und liquidieren will. Setzt man den schuldigen Klassenfeind an die Stelle des schuldigen Juden, wird die Parallele flagrant.

Was ist demokratischer Sozialismus?

Das Buch ist da, das diese Frage beantwortet ...

**Lothar Bossle
Allende
und der europäische Sozialismus**

Dies ist die erste wissenschaftliche Analyse der sozialistischen Transformationstrategie unter dem Etikett »demokratischer Sozialismus«.

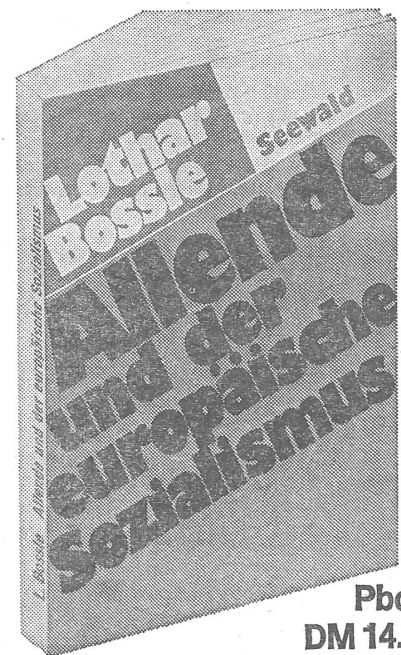
Es deckt die Methoden sozialistischer Machtpolitik auf.

Es gibt Auskunft über das Experiment Allendes, über Theorie und Praxis sozialistischer Umsturztechniken.

Es beweist: Allende war kein südamerikanischer, sondern ein sozialistisch-europäischer Modellfall. Wird Portugal der nächste sein?

Soeben erschienen!

Seewald
Seewald Verlag • D 7000 Stuttgart 70 • Postfach 6



Pbck.
DM 14.80